



## > LANDESVERBAND BAYERN

Armin Scherb, Arberg/Nürnberg

### Das Selbstbewusstsein der Akteure entwickeln - *Die Politische Bildung muss wieder philosophischer werden!*

Der Chefredakteur dieser Zeitschrift hat mich als dem neu gewählten Vorsitzenden des Landesverbands Bayern der *Deutschen Vereinigung für Politische Bildung* gebeten, meine Vorstellungen über die weitere Entwicklung des Verbandes darzulegen.

Wichtige Desiderata, um die sich die Verbandspolitik kümmern muss, wurden während der erweiterten Vorstandssitzung am 28. Januar 2010 vorgetragen:

- Behebung des Mangels an Fachunterricht vor allem am Gymnasium und an der Realschule. Nach Auskunft der Kolleginnen und Kollegen, die an diesen Schularten tätig sind, wird das Fach nach wie vor häufig fachfremd unterrichtet.
- (Nicht nur) in diesem Zusammenhang weitere Intensivierung der Kontakte mit den Abgeordneten des Bayerischen Landtags.
- Verbesserung der Vernetzung mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die sich aus der Finanzierung freier Träger weitgehend zurückgezogen hat und Kernbereiche der politischen Bildung zu Gunsten des historischen Lernens (z.B. Gedenkstättenpädagogik) vernachlässigt.
- Stabilisierung der Mitgliederzahl und das Anstoßen entsprechender Werbemaßnahmen.



Die zuletzt genannte Aufgabe sehe ich als dringendste Aufgabe an, weil die Stabilisierung der Mitgliederzahl und die Bestandssicherung das politische Gewicht eines Verbands ausmachen. Die Realisierung von Vorhaben ist auf eine lebhafte und funktionierende Praxis angewiesen. Allerdings stehen einer Erfolg versprechenden Mitgliederwerbung aus meiner Sicht Hindernisse im Wege, die es mir geraten erscheinen lassen, bei dieser Gelegenheit einige konzeptionelle Fragen zu erörtern.

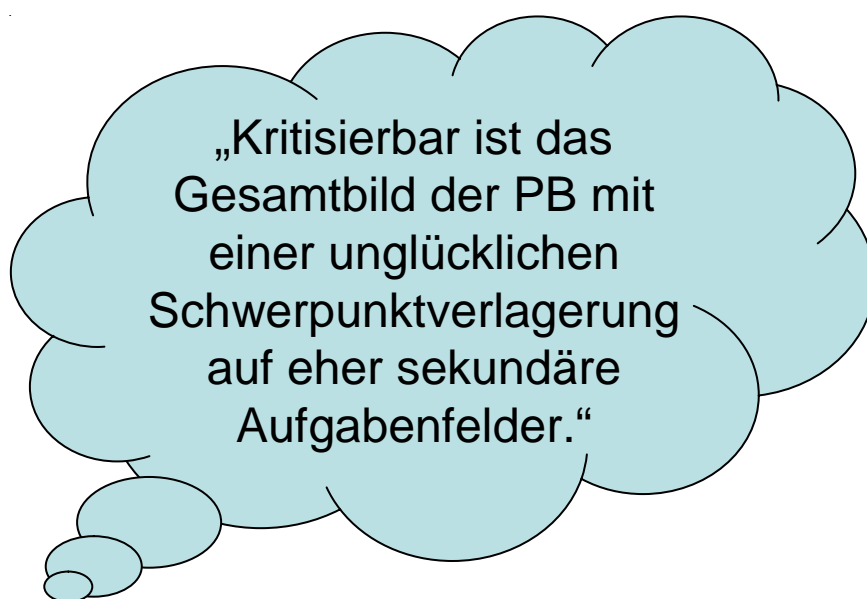
Einerseits macht die oft beklagte Institutionenverdrossenheit vor einer Vereinigung für Politische Bildung nicht Halt. Die Zurückhaltung jüngerer Kolleginnen und Kollegen in der Entscheidung, sich organisatorisch zu binden, hat auch in der DVPB zu einer „überalterten“ Mitgliederstruktur mit der „natürlichen“ Gefahr eines Rückgangs der Mitgliederzahlen geführt. Andererseits registriere ich auch ein hausgemachtes Hindernis, für das vor allem die wissenschaftlich tätigen Politikdidaktiker verantwortlich sind. Beobachtbar ist seit Jahren eine Tendenz zur Methodisierung, zur Pädagogisierung und nicht zuletzt oft zur Trivialisierung Politischer Bildung. Dementsprechend stelle ich im Folgenden einige Überlegungen zur Diskussion. Ich beschränke mich hier auf die Begründung einer Forderung als Reaktion auf die Entwicklung in der Profession. Sie lautet: „Die Politische Bildung muss wieder philosophischer werden, damit die Attraktivität der Verbandsarbeit verbessert werden kann!“

Das unstrittige Bemühen, bereits bei Studierenden – aber spätestens bei Berufseinsteigern – verstärkt für ein Engagement in der organisierten Politischen Bildung zu werben, erscheint nur dann Erfolg versprechend,

wenn es gelingt, die Sinnfragen Politischer Bildung wieder in den Vordergrund zu rücken und damit zu einem reflektierten Selbstbewusstsein der in der Politischen Bildung Aktiven beizutragen. (Vgl. in diesem Zusammenhang auch meinen Beitrag in POLIS 4/2009, S.15ff.)

Die für die konzeptionelle und wissenschaftliche Entwicklung der Politischen Bildung in erster Linie zuständigen Didaktiker haben sich allerdings nach der Überwindung der Lagerbildung im Anschluss an den *Beutelsbacher Konsens* von 1976 überwiegend darauf beschränkt, für das Alltagsgeschäft taugliche „Tools“ zu erfinden. Platz gegriffen hat eine starke Pädagogisierung des Faches mit methodenorientierten Didaktiken bei gleichzeitigem Verlust an politikdidaktischer Theorieproduktion. Ich vermute aber, dass es gerade diese Theorieproduktion der 1970er Jahre gewesen ist, die der Politischen Bildung eine enorme Schubkraft verliehen hat. Zwar kam es zur Kollision zwischen der Politischen Bildung „von unten“ und der Politischen Bildung „von oben“, wo im polemisch geführten Diskurs die Fachbezeichnung „Sozialkunde“ bisweilen mit dem Schimpfwort „Sozialistenkunde“ ersetzt wurde. Doch sahen offenbar die an dem Diskurs Beteiligten – unabhängig von ihrer politischen Provenienz – im Engagement für Politische Bildung einen Sinn. Diejenigen, die sich an der Diskussion damals beteiligten, hatten den Eindruck, dass es um Etwas geht. Demgegenüber sind Fragen, wie z.B. „Kann ich mit der Methode der Fallanalyse oder mit einer Erkundung im Rahmen eines Projektes bessere Lernergebnisse erzielen?“ nicht wirklich spannend oder Engagement fördernd.

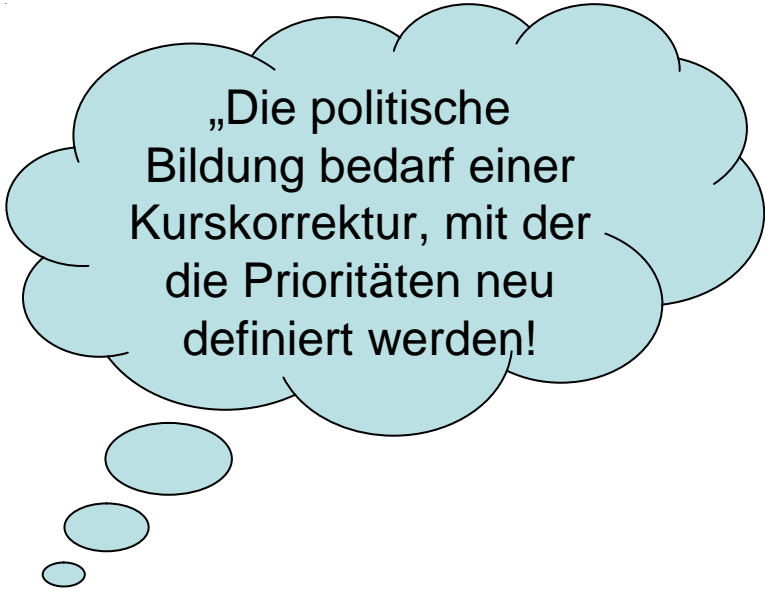
Man mag an dieser Stelle einwenden (und viele Fachkolleginnen und Kollegen tun dies auch), dass die Politikdidaktik sich längst in einer Phase abgeklärter Professionalisierung befindet. Dass diese Professionalisierung jedoch mit einer „Theoremüdigkeit“ (Gagel in Breit/Massing: Grundfragen und Praxisprobleme der politischen Bildung, Bonn 1992, S.66) einher gegangen ist, hat nun möglicherweise ihren Preis darin, dass der



Nachwuchs im verbandspolitischen Engagement kein lohnendes Betätigungsfeld mehr sieht. Die Überbetonung von Methodenkompetenzen, die zudem oft nicht domänenspezifisch sind oder der sich in der Kompetenzdiskussion offenbarende vorauseilende Gehorsam gegenüber einer Bildungspolitik, die sich nach dem PISA-Schock hektisch auf den Output kapriziert und deshalb unverhältnismäßige Anstrengungen zur Optimierung der Leistungsmessung im Politikunterricht evoziert hat, markieren mittlerweile eine Schiefelage, die für eine Bezeichnung des Faches vielleicht kaum noch den Begriff „Politikdidaktik“ zulässt und erst recht nicht die Bezeichnung „Politische Bildung“ rechtfertigt. Zum einen können viele (didaktische) Qualifikationen, um die sich die Politische Bildung derzeit bemüht, in jedem pädagogischen Workshop bei vielen Bildungsträgern oder durch die Nutzung einer Flut von allgemeindidaktischen oder methodenorientierten Publikationen relativ schnell erworben werden, ohne dass es dazu einer Vereinigung für *Politische Bildung* bedarf. Zum anderen verhindert der starre Blick auf die Praxis der Lehr-Lernprozesse tiefergehende, vielleicht identitätsfördernde Anstrengungen, weil dieser Blick auf Qualifizierung, aber kaum auf Bildung gerichtet ist. Die längst als Mainstream etablierte empirische Fachunterrichtsforschung, die sich vor allem mit Fragen der Optimierung von Lehr-Lernprozessen in der Domäne Politik befasst hat, liegt auf eben dieser Schiene der Theorieverdrängung.

Um kein Missverständnis an dieser Stelle aufkommen zu lassen, will ich ausdrücklich sagen, dass die empirische Lehr-Lernforschung durchaus Aufgaben bearbeitet, die selbstverständlich zur Fortentwicklung des Faches beitragen. Kritisierbar ist für mich das Gesamtbild der Politischen Bildung mit einer unglücklichen Schwerpunktverlagerung auf eher sekundäre Aufgabenfelder. Eine der wenigen Ausnahmen bildet die





„Die politische Bildung bedarf einer Kurskorrektur, mit der die Prioritäten neu definiert werden!“

Konstruktivismusdebatte, die - wenn auch nur spärlich und kurzzeitig - für eine Annäherung an Fragen der Begründung politischen Lernens gesorgt hat. Selbst die Debatten über Demokratieerziehung und Demokratie-Lernen haben nicht die Argumentationstiefe erreicht, die ein Aufgreifen von Sinnfragen der Politischen Bildung ermöglicht hätten. Zu sehr stand hier die Organisationskonkurrenz der neu gegründeten Gesellschaft für Demokratiepädagogik und der Gesellschaft für Politikdidaktik (GPJE) im Vordergrund. Es ging dabei vor allem um die Deutungshoheit als Instrument zur Akquise von Fördermitteln. Bei der Besetzung des Feldes hat die Demo-

kratiepädagogik die Oberhand gewonnen und letztlich einen flächendeckenden, aber oft oberflächlichen Aktionismus von Projekten „demokratischen“ Handelns hervorgebracht. Die bislang letzte Verhinderung einer Beschäftigung mit Grundsätzlichem ist nun die bildungspolitisch erzwungene Diskussion über Kompetenzen und Standards mit einer Hypertrophie im Bereich der Leistungsmessung und -evaluation. Dabei könnte sich die Politische Bildung auf „höchste“ Autorität berufen, um wieder zum Kerngeschäft zurückkehren. Die KMK hat auf ihrer Sitzung vom 6. Juni 2009 eine Stärkung der Demokratieerziehung gefordert und damit Anlass gegeben, politikdidaktisch fundierte Konzepte zu entwickeln (s. [www.kmk.org/dokumentation/veroeffentlichungen-beschluesse/bildung-schule/allgemeine-bildung.html#c7801](http://www.kmk.org/dokumentation/veroeffentlichungen-beschluesse/bildung-schule/allgemeine-bildung.html#c7801)). Auf einer ersten konzeptionellen Ebene hat hier der Schlagabtausch zwischen den Demokratiepädagogen und den Politikdidaktikern stattgefunden. Letztere haben immer wieder darauf hingewiesen, dass die Reflexion über die im sozialen Nahbereich gelebte Demokratie nur die halbe Miete sein kann, weil das positive Erleben des gemeinsam angelegten Schulgartens kaum eine Verknüpfung mit der Demokratie als Ordnungs- und Herrschaftsform, die gegenüber Individuen zunächst auch restriktiv auftritt, ermöglicht.

Wenn nun die KMK dazu auffordert, Fragen der Demokratieerziehung stärker in den Blick zu nehmen, dann darf die Politische Bildung nicht die Gelegenheit verpassen, die vielen gut gemeinten pädagogischen Konzepte auf eine politikdidaktische Basis zu stellen. Die Politische Bildung muss sich dazu mit den Begründungs- und Legitimationsfragen der Demokratieerziehung befassen. Was zu einem reflektierten und deshalb sinnstiftenden Selbstverständnis von Politiklehrerinnen und -lehrern beiträgt, ist deshalb nicht die x-te Version eines methodisierten Konzepts für demokratisches Handeln, sondern eine *Philosophie des Demokratielernens*. Was ich darunter verstehe, habe ich in verschiedenen Publikationen ausführlich dargelegt (s. u.a. „Der Bürger in der Streitbaren Demokratie. Wiesbaden 2008). In der Beschäftigung mit Grundsätzlichem geht es immer auch um das reflektierte Selbstverständnis von Politiklehrerinnen und -lehrern. „Das Selbstbewusstsein der Akteure entwickeln“, meint deshalb zweierlei: Gemeint ist erstens die kognitive Seite der Selbstreflexion, sich klar zu werden über die eigene Position als Lehrperson der Politischen Bildung. (*Wie verstehe ich meine Rolle in der Schule? Wie definiere ich mich selbst?*) Zweitens geht es um den psycho-sozialen Aspekt der Entwicklung eigener Wertschätzung und der Begründung eines





Anspruchs auf Anerkennung. (*Welches ist mein Selbstverständnis und meine Identität als Lehrperson?*) Selbstbewusstsein in diesem Sinne entwickeln - das berührt in der Folge auch praktisch-politische Fragen wie „*Warum soll ich als Referendar(in) einem Verband beitreten?*“ Wenn es der Verbandsarbeit nicht gelingt, diese sinnstiftenden Dimensionen befriedigend zu bearbeiten, darf auch nicht erwartet werden, dass junge Kolleginnen und Kollegen die Notwendigkeit sehen, sich durch ihre Mitgliedschaft intensiv in einen dringend erforderlichen, aber kaum geführten Diskurs einzuklinken. Diesen Diskurs muss ein Verband für Politische Bildung führen und eben auch unter Gesichtspunkten der Mitgliederwerbung als Angebot immer vorhalten. Insofern bedarf die organisierte Politische Bildung einer Kurskorrektur, mit der die Prioritäten neu definiert werden.

Einen Schritt in diese Richtung unternimmt der Landesverband Bayern mit seiner für den 19. – 21. November 2010 geplanten Jahrestagung. Der erweiterte Vorstand hat auf seiner Sitzung am 28. Januar 2010 in der Tutzingener Akademie für Politische Bildung deshalb beschlossen, die Jahrestagung 2010 unter das Thema „*Das Elend der Politischen Bildung – eine Gefahr für die Demokratie?*“ zu stellen. Wenn vom „Elend“ die Rede ist, dann ist – wie oben dargelegt - ein Teil dieses Elends im Fach selbst produziert worden und liegt aus meiner Sicht an einem eklatanten Theoriedefizit. Wenn der Bayerische Landesverband der DVPB mit einem entsprechenden Motto in seiner Jahrestagung auftritt, muss allerdings auch nach den Bedingungen Politischer Bildung in Bayern gefragt werden. Nachdem ein bundesweites Ranking zu dem Ergebnis gekommen ist, dass das ansonsten relativ erfolgreiche Bayern zusammen mit Sachsen in puncto Politische Bildung ins Hintertreffen geraten ist (vgl. Dirk Lange, Monitor politische Bildung, Schwalbach/Ts. 2010 / Literaturbericht von Joachim v. Olberg in POLIS 3/2009, S.4), soll auf der Jahrestagung zumindest auch die Lage der Politischen Bildung in Bayern beleuchtet werden. Ein entsprechender Situationsbericht wird im November vorgelegt und könnte einen programmatischen Anspruch gegenüber der Politik begründen. Denn noch kein Politiker hat dem Motto des Verbands widersprochen, der sein Kürzel DVPB auch mit „**DEMOKRATIE VERLANGT POLITISCHE BILDUNG**“ ausbuchstabiert.

(Anm. d. Red.: PD Dr. habil. Armin Scherb, Jg. 1953, lehrt Didaktik der Sozialkunde an der Uni Erlangen-Nürnberg; seit 1.1.2010 ist er 1. Vorsitzender des LV Bayern der DVPB. Email: a.scherb@gmx.de)

ANZEIGE

»Die Zeitschrift *Mittelweg 36* des Hamburger Instituts für Sozialforschung entwickelt mehr und mehr ein eigenes, unverwechselbares Profil: Unkonventionell und querströmig wendet sie die Konjunkturen des Zeitgeistes gegen dessen gewohnten Lauf.«  
*Frankfurter Rundschau*



Einzelheft € 9,50  
Miniabo (3 Hefte) € 20,-  
Jahresabo (6 Hefte) € 56,-  
Bestellbar im Buchhandel  
oder bei der Redaktion:  
zeitschrift@mittelweg36.de  
Tel.: 040-414097-0